

**Deutschland-Torgelow: Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau
OJ S 200/2023 17/10/2023
Bekanntmachung vergebener Aufträge
Dienstleistungen**

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Ferdinandshof, Amt Torgelow-Ferdinandshof
Postanschrift: Bahnhofstr. 2
Ort: Torgelow
NUTS-Code: DE80N Vorpommern-Greifswald
Postleitzahl: 17358
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Stadt Torgelow
E-Mail: v.stoeckel@torgelow.de
Telefon: +49 3976/252166
Fax: +49 03976/202202
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.torgelow.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

FF Ferdinandshof - Tragwerksplanung

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Anbau von 2 Einstellplätzen Größe 2 nach DIN 14092 sowie von Sozialräumen an ein bestehendes Feuerwehrgerätehaus incl. erforderlicher Umbauten im Bestandsgebäude und Anpassung der Außenanlagen.

Aufnahme Bestand und Leistungen der Leistungsphasen 1 bis 6 nach HOAI.

Abschnittsweise Beauftragung wobei zunächst nur die Bestandsaufnahme und die Lph 1-3 Entwurfsplanung beauftragt werden.

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.7. Gesamtwert der Beschaffung

Wert ohne MwSt.: 19 646,00 EUR

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE80N Vorpommern-Greifswald
Hauptort der Ausführung: 17379 Ferdinandshof

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Anbau von 2 Einstellplätzen Größe 2 nach DIN 14092 sowie von Sozialräumen an ein bestehendes Feuerwehrgerätehaus incl. erforderlicher Umbauten im Bestandsgebäude und Anpassung der Außenanlagen.

Aufnahme Bestand und Leistungen der Leistungsphasen 1 bis 8 nach HOAI.

Abschnittsweise Beauftragung wobei zunächst nur die Bestandsaufnahme und die Lph 1-3 Entwurfsplanung beauftragt werden.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Preis

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2023/S 134-423700](#)

IV.2.8. Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems

IV.2.9. Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer Vorinformation

Abschnitt V: Auftragsvergabe

Bezeichnung des Auftrags:

Tragwerksplanung

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: ja

V.2. Auftragsvergabe**V.2.1. Tag des Vertragsabschlusses**

05/10/2023

V.2.2. Angaben zu den Angeboten

Anzahl der eingegangenen Angebote: 4

Anzahl der eingegangenen Angebote von KMU: 4

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus anderen EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der elektronisch eingegangenen Angebote: 4

Der Auftrag wurde an einen Zusammenschluss aus Wirtschaftsteilnehmern vergeben: nein

V.2.3. Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde

Offizielle Bezeichnung: Ingenieurbüro Breuer + Trionow

Postanschrift: Mönchstr. 49

Ort: Stralsund

NUTS-Code: DE8 Mecklenburg-Vorpommern

Postleitzahl: 18439

Land: Deutschland

E-Mail: breuer-trionow@t-online.de

Telefon: +49 3831290186

Fax: +49 3831290420

Der Auftragnehmer ist ein KMU: ja

V.2.4. Angaben zum Wert des Auftrags/Loses

Ursprünglich veranschlagter Gesamtwert des Auftrags/des Loses: 29 000,00 EUR

Gesamtwert des Auftrags/Loses: 19 646,00 EUR

V.2.5. Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen**Abschnitt VI: Weitere Angaben**

VI.3. Zusätzliche Angaben**VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren****VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Mecklenburg-Vorpommern

Postanschrift: Johannes-Stelling-Straße 14

Ort: Schwerin

Postleitzahl: 19053

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@wm.mv-regierung.de

Telefon: +49 385/588-5160

Fax: +49 385/588-4855817

Internet-Adresse: <http://www.regierung-mv.de>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Im Übrigen sind Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

Ein Nachprüfungsantrag ist innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen (§ 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)).

Die o.a. Fristen gelten nicht, wenn der Auftraggeber gemäß § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist.

Setzt sich ein Auftraggeber über die Unwirksamkeit eines geschlossenen Vertrages hinweg, indem er die Informations- und Wartepflicht missachtet (§ 134 GWB) oder ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, kann die Unwirksamkeit nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 GWB).

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

12/10/2023